



Der Stadtrat an den Gemeinderat

22. Oktober 2025

GR Nr. 2025/395

Dringliche Motion von Tanja Maag, Pascal Lamprecht, Selina Walgis und 7 Mitunterzeichnenden betreffend Betrieb von niederschwelligen, dezentralen Anlaufstellen an geeigneten Standorten in städtischen Quartieren für kostenfreie und unbürokratische Zugänge zur städtischen Verwaltung, Ablehnung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 10. September 2025 reichten die Mitglieder des Gemeinderats Tanja Maag (AL), Pascal Lamprecht (SP) und Selina Walgis (Grüne) sowie 7 Mitunterzeichnende folgende Motion, GR Nr. 2025/395, ein:

Der Stadtrat wird beauftragt eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, die den Betrieb von niederschwelligen, dezentralen Anlaufstellen, sog. «Drehscheiben», an geeigneten Standorten in städtischen Quartieren verankert. Die Trägerschaft der «Drehscheiben» soll, wenn möglich, zivilgesellschaftlich organisiert sein. Sinn und Zweck sind kostenfreie und unbürokratische Zugänge zur städtischen Verwaltung. Zudem wird aktiv auf andere Angebote im Quartier wie beispielsweise Gemeinschaftszentren aufmerksam gemacht. Ziel ist somit die soziale Teilhabe und das Schaffen der Gelegenheit zur Vernetzung der lokalen Angebote im Unterstützungs- und Freizeitbereich.

Begründung:

Niederschwellige, dezentrale Anlaufstellen entsprechen einem Bedürfnis der Stadtbevölkerung. Das haben verschiedene Analysen gezeigt. Insbesondere Quartiere mit starker Transformation erfahren durch unabhängige Anlaufstellen wie die Drehscheiben einen Mehrwert für ihre Bewohnerinnen und Bewohner. Auch die Vernetzungsfunktion zwischen institutionellen Akteuren ist gewinnbringend. Zudem können infolge der (vergangenen und zukünftigen) Zusammenlegung von städtischen Anlaufstellen (z.B. Kreisbüros) durch die Einführung von Drehscheiben die negativen Folgen abgefedert werden, ohne dass Synergieeffekte gemildert werden.

Zur Beurteilung eines dreijährigen Pilotversuchs (2022–2025) wurden vom Stadtrat Evaluationsergebnisse von September 2024 beigezogen. Ergebnisse aus einem Zeitraum, in dem sich die Anlaufstellen im Aufbau befanden. Die Implementierung eines solchen Projekts braucht Zeit. Ein Evaluationsergebnis nach rund der Hälfte der Pilotphase ist daher nicht aussagekräftig genug.

Der Entscheid des Stadtrats das Pilotprojekt ohne Folgemaassnahmen zu beenden, löst bei verschiedenstem Akteurinnen und Akteure und bei zugewandten Organisationen Unverständnis aus, zumal die Evaluationsergebnisse positiv zu werten sind. Beide bisherigen Standorte konnten mit ihrer Arbeit belegen, dass die Drehscheiben einem Bedürfnis der Quartierbevölkerung entsprechen.

Die Empfehlungen des Evaluationsprozesses sollen berücksichtigt werden. Diese sind insbesondere die Klärung der Doppelspurigkeiten und Optimierung von Schnittstellen, der Ausbau der mobilen Arbeit sowie die Stärkung der Verankerung bzw. des Bewusstseins innerhalb der Stadtverwaltung. Schliesslich sind insbesondere eine geeignete Standortwahl und Sichtbarkeit entscheidend für den Erfolg. Die Standorte sollen deshalb in Quartierzentren (gemäss kommunalem Richtplan) angesiedelt werden.

Nach Art. 126 lit. a Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR, AS 171.100) sind Motionen Anträge, die den Stadtrat verpflichten, einen Entwurf für den Erlass, die Änderung



2/2

oder die Aufhebung eines Beschlusses vorzulegen, der in die Zuständigkeit der Gemeinde oder des Gemeinderats fällt. Lehnt der Stadtrat die Entgegennahme einer Motion ab oder beantragt er die Umwandlung in ein Postulat, hat er dies innert sechs Monaten nach Einreichung schriftlich zu begründen (Art. 127 Abs. 2 GeschO GR).

Der Stadtrat lehnt aus nachstehenden Gründen ab, die Motion entgegenzunehmen:

Die vorliegende Motion thematisiert den Zugang der Stadtbevölkerung zu Informationen und Leistungen der Stadtverwaltung sowie die Möglichkeiten zur Mitwirkung im Quartier. Der Stadtrat teilt das Anliegen, die soziale Teilhabe zu stärken und bestehende Angebote besser sichtbar und zugänglich zu machen. Die von den Motionärinnen und Motionäre vorgeschlagenen Drehscheiben stellen in diesem Zusammenhang ein Modell dar, wie die Orientierung und Vernetzung in den Quartieren verbessert werden könnten.

Die im Rahmen des Pilotprojekts (2022–2025) erprobten Drehscheiben wurden mit grossem Engagement aller Involvierten umgesetzt. Die Auswertung des Pilotprojekts zeigte jedoch, dass die Nachfrage im Verhältnis zum Aufwand zu gering ausfiel, um eine stadtweite Einführung zu rechtfertigen.

Die beiden Pilotstandorte entwickelten sich sehr unterschiedlich und spiegelten heterogene Bedarfsstrukturen wider. Der Ansatz der Drehscheiben ist in dieser Situation nicht geeignet, um diese unterschiedlichen Bedarfsstrukturen wirksam zu adressieren. Zudem zeigten sich Doppelspurigkeiten sowohl mit etablierten Angeboten der Stadtverwaltung – etwa dem Schreibdienst, den Sozialzentren oder dezentralen Angeboten im Bereich Alter – als auch im Rahmen bestehender Vernetzungsstrukturen in den Quartieren.

Die Stadt Zürich verfügt bereits über eine Vielzahl von Angeboten in den Bereichen persönliche Hilfe, Zusammenleben, soziale Teilhabe, Soziokultur sowie verschiedenste (kostenfreie) Zugänge zur Verwaltung in den Bereichen Bildung, Arbeit, Gesundheit und Wohnen. Diese Angebote sollen besser bekannt gemacht und gezielt weiterentwickelt werden. Der Bedarf nach einem verbesserten Zugang zur Verwaltung wird anerkannt, kann jedoch nicht an zivilgesellschaftliche Trägerschaften delegiert werden. Das Pilotprojekt hat klar aufgezeigt, dass eine private Organisation dies nicht leisten kann.

Die aus dem Pilotprojekt gewonnenen Erkenntnisse fliessen in die Weiterentwicklung bestehender Strukturen ein – insbesondere durch die Stärkung der mobilen Arbeit, die Optimierung von Schnittstellen und die Förderung der Sichtbarkeit vorhandener sowohl städtischer wie privater Angebote. Die Schaffung zusätzlicher Strukturen mit unklarer Aufgabenverteilung und hohem Ressourceneinsatz ist dabei nicht zielführend.

Vor dem Hintergrund der Evaluationsergebnisse, der bestehenden Angebotsvielfalt sowie der unverhältnismässig hohen Kosten lehnt der Stadtrat die Entgegennahme der Motion ab.

Im Namen des Stadtrats

Die Stadtpräsidentin
Corine Mauch

Der Stadtschreiber
Thomas Bolleter